

# Mit Bildung gegen Armut

## Koalition: Rot-Grün hat zu wenig getan – Opposition: Konzept fehlt

*Engagiert und offen haben die Landtagsabgeordneten den jüngsten Sozialbericht der Landesregierung im Plenum debattiert – Auftakt einer von Sozialminister Laumann (CDU) angestrebten landesweiten Diskussion. Die Opposition vermisste Vorschläge zur Verbesserung und kritisierte, dass Schwarz-Gelb so tue, als habe Rot-Grün aus früheren Armuts- und Reichtumsberichten keine Konsequenzen gezogen. Vorangegangen war der Erörterung im Plenum die Unterrichtung der Landesregierung unter dem Motto „Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung ziehen“.*

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) betonte, der vorgelegte Sozialbericht ende mit den Daten für das Jahr 2005. Daraus schloss der Minister: „Er ist damit eine Abschlussbilanz der Lebensverhältnisse der Menschen in Nordrhein-Westfalen nach Ihrer Regierungszeit.“ Rot-Grün habe bereits 2004 den ersten Sozialbericht vorgelegt, aber, fuhr er fort: „Sie haben über die Probleme nur geredet und den Menschen gebetsmühlenartig erklärt, dass alles auf einem gutem Weg sei. Konsequenzen aus dem Sozialbericht sind aber nicht gezogen worden.“ Anders Schwarz-Gelb: Die neue Regierung betreibe konkrete Armutsbekämpfung. Weil Armut am besten durch bes-

– anders als der jetzige – nicht im Plenum diskutiert worden: Die oppositionelle CDU hätte damals, wenn sie Wert darauf gelegt hätte, die Debatte im Plenum herbeiführen können. Rot-Grün habe sich für die Debatte des alten Sozialberichts im Fachausschuss entschieden, um das Thema 2004 nicht in den beginnenden Wahlkampf zu ziehen, erklärte der Abgeordnete rückblickend. Nach vorn gewandt („Wir Sozialdemokraten werden weder ideenlos noch konzeptionslos reagieren“) nannte er eine Reihe von Arbeitsfeldern: Zum Kampf gegen die Armut verlange man mehr Ganztagsangebote in der Schule, eine schnellere Realisierung des

dass zumindest die Kälteperiode, die der Sozialbericht beschreibe, zu Ende gehe und „dass Deutschland auf Betriebstemperatur kommt“. Und diese höhere Wärme erreiche auch die Schattenseite unserer Gesellschaft, fand Henke und ergänzte: „Wir in Nordrhein-Westfalen leisten dazu entscheidende Beiträge.“ Er erwähnte die Verbesserungen im Schulsystem, in der betrieblichen Ausbildung und bei der Gesundung des Landeshaushalts. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft seien positiv. Der Abgeordnete: „Wir tun alles dafür, die Innovationskraft unserer Betriebe sowie den Forschungsgeist an unseren Hochschulen und Universitäten, die Neugier unserer Kinder, Schüler und Studierenden zu fördern und voranzubringen, damit der Strom der Ideen nicht abreißt, der Deutschland zum Land der Ideen macht, damit wir als soziale Marktwirtschaft im internationalen Wettbewerb vorne bleiben.“

Barbara Steffens (GRÜNE) erinnerte an die zögerliche Haltung der Union bei der Debatte vor sieben Jahren über möglichst frühe kindliche Sprachförderung. Damals habe die CDU darüber diskutiert, ob diese Förderung nicht mit Kindern im Alter von fünf Jahren beginnen sol-



Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Killewald (SPD)

Rudolf Henke (CDU)

Barbara Steffens (GRÜNE)

sere Bildung zu bekämpfen sei, bringe sie das Schulsystem auf Vordermann. Sie wende in drei Jahren mehr als 90 Millionen Euro für das Sonderprogramm Ausbildung 2006 auf. Sie verfolge das Ziel, dass Kinder kein Armutsrisiko mehr sein dürfen. Sie kümmere sich um die Migrantenfamilien und deren Kinder. Laumann blickte nach vorne. Bei der Vorstellung des nächsten Sozialberichts werde man sicher sagen können: „Die Landesregierung und das Land haben Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung gezogen, die Regierung Rüttgers hat ihr Möglichstes getan, um die Teilhabe zu gewährleisten, und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist der Freund der kleinen Leute.“

Norbert Killewald (SPD) gab das Argument zurück, der vorangegangene Sozialbericht sei

Rechtsanspruchs auf Betreuung unter drei Jahren, Beitragsfreiheit für den Elementarbereich, gemeinsame Mahlzeiten in Schule und Elementarbereich, Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit und eine aktivere Rolle des Landes in der Gesundheitsvorsorge von der frühkindlichen Phase bis zum Jugendalter.

Rudolf Henke (CDU) bezeichnete den Sozialbericht als „Berichterstattung von der Schattenseite der Gesellschaft“. Die darin getroffenen Befunde seien eine der Triebkräfte für seine Partei gewesen, auf den Wechsel hinzuwirken und die Verhältnisse zu verbessern. Der Abgeordnete: „Inzwischen hat dieser Neuanfang begonnen“ – an Rhein und Ruhr zusammen mit den Liberalen und in Berlin gemeinsam in der Großen Koalition. Er habe den Eindruck,

le und wie viel Geld dort hineingegeben werden dürfe. Steffens an die CDU: „Überlegen sie doch einmal, statt Ihre Vergangenheit zu verdrängen, was das für ein langer Weg für Sie war, auf unseren Zug aufzuspringen.“ Zur Initiative „Jugend in Arbeit plus“ meinte die Abgeordnete, die Union schmücke sich mit fremden Federn. Nur weil der Sozialminister diesem und anderen Programmen jetzt einen anderen Namen gebe, seien diese Programme nicht neu; viele davon seien alt und fortgeführt. In den meisten Fällen, ergänzte sie, seien sie sogar schlechter geworden. Sie kritisierte die Argumentation der CDU als rückwärts gewandt; die Menschen erwarteten nicht dieses „Hickhack und Gestreite“, sondern dass man die Probleme ernst nehme und dass ihnen „nach vorne gerichtet gesagt wird, was man jetzt tun will“.

**Dr. Stefan Romberg** (FDP) schloss im Kampf gegen Armut neue Programme und neue Schulden aus. Er sagte: „Wir verbessern die Rahmenbedingungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen durch bessere Bildung, mehr Arbeit und bessere Gesundheit. Wir schaffen die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und damit die Voraussetzungen, die Armut Schritt für Schritt wirklich abzubauen.“ Der Bericht enthalte zum Teil dramatische Zahlen; Besorgnis erregend sei die Tatsache, „dass sich die Lebenssituation bestimmter Zielgruppen weiter verschlechtert hat: die Langzeitarbeitslosen, die Alleinerziehenden, die Migrantinnen und Migranten, die Familien mit den vielen Kindern“. Am besten sei nach Ansicht der Liberalen, dass Missstände gar nicht erst entstünden – durch „Prävention, den präventiven sozialen Staat“. Der Abgeordnete: „Wir wollen in erster Linie eine Hilfe zur Selbsthilfe in Form einer echten Chancengleichheit, die es allen Kindern ermöglicht, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen.“ Schwarz-Gelb wolle aus NRW wieder ein „Wohlstandsland“ machen: „Fehlende Bildung, fehlende Arbeit und fehlende Gesundheit sind die größten Armutsrisiken, die wir Schritt für Schritt gemeinsam reduzieren werden.“



Dr. Stefan Romberg (FDP)

**Günter Garbrecht** (SPD) erinnerte daran, dass es im Land seit 1992 eine Sozial- und Armutsberichterstattung gebe. Aus jedem Bericht, betonte er, seien Konsequenzen gezogen worden, etwa zur Linderung der Wohnungsnot, in der Drogen- und Suchtberatung und bei den Arbeitslosenberatungsstellen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffne sich weiter. Bestimmte Menschen säßen in der „Armutsfalle“ fest; dieser Kern verfestigte sich. Der Frage der Verteilungsgerechtigkeit könne man nicht ausweichen: „Es geht um die Frage der solidarischen Gesellschaft“. Wer wie die Koalition, die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse als politische Priorität aus dem Auge verloren habe („Privat vor Staat“), der könne sich nicht als Speerspitze im Bekämpfen von Kinderarmut hinstellen – in Gegenteil: der verstärke

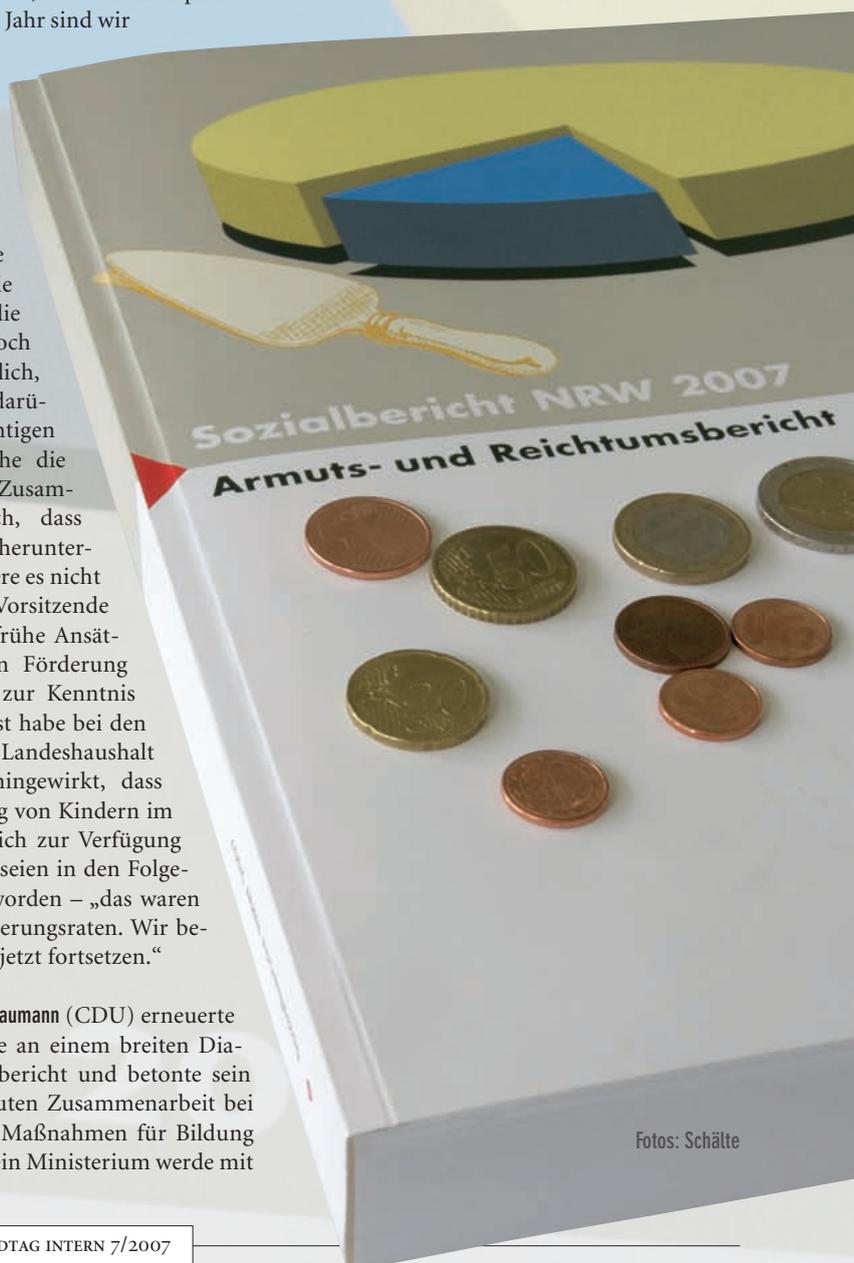
diese Prozesse. Zum Schluss stellte Garbrecht die Frage: „Wie viel Armut und Ausgrenzung verträgt eine demokratische Gesellschaft?“ Er warnte davor, dass sich die Menschen in bestimmten Wohnquartieren zunehmend aus der demokratischen Gesellschaft ausklinkten.

**Oskar Burkert** (CDU) betonte ebenfalls den hohen Stellenwert von Bildung und Ausbildung bei Vermeidung und Bekämpfung von Armut. Das habe die Koalition erkannt und arbeite seitdem an Lösungsstrategien. „Die Erfolge in Bildung und in Arbeit zeigen die ersten positiven Ansätze“, erklärte der Abgeordnete: „Nordrhein-Westfalen kann mit CDU und FDP auf eine gute Zukunft bauen.“ Anstelle des Nichtstuns der alten Regierung habe die Koalition in die Bildung investiert. Die Folge: NRW sei 2006 zum Aufsteigerland Nummer 1 geworden. Burkert: „Die Menschen haben wieder Vertrauen gefunden, die Menschen packen wieder an. In diesem Jahr sind wir das Mittelstandsland Nummer 1 – sogar noch vor Bayern.“

**Sylvia Löhrmann**, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, wertete die Debatte so: Die Erkenntnisse über die Befunde seien noch relativ einvernehmlich, „aber wir streiten darüber: Was sind die richtigen Antworten?“ Da sehe die Koalition nicht die Zusammenhänge. Dadurch, dass immer etwas wieder heruntergebetet werde, passiere es nicht schon, mahnte die Vorsitzende und warnte davor, frühe Ansätze der individuellen Förderung von Kindern nicht zur Kenntnis zu nehmen. Sie selbst habe bei den Beratungen zum Landeshaushalt 2002 mit darauf hingewirkt, dass Mittel zur Förderung von Kindern im vorschulischen Bereich zur Verfügung gestellt werden. Die seien in den Folgejahren aufgestockt worden – „das waren sehr drastische Steigerungsraten. Wir begrüßen, dass Sie das jetzt fortsetzen.“

**Minister Karl-Josef Laumann** (CDU) erneuerte sein großes Interesse an einem breiten Dialog über den Sozialbericht und betonte sein Interesse an einer guten Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Maßnahmen für Bildung und gegen Armut. Sein Ministerium werde mit

dem Bericht in allen fünf Regierungsbezirken zu regionalen Konferenzen einladen. Denn es helfe nichts, die Situation schön zu reden. Vor Ort bedürfe es der Zusammenarbeit mit den Beteiligten der Kommunalpolitik. Auch sei das ehrenamtliche Engagement zu ermutigen und zu stärken. Der von der Opposition ins Feld geführte gesetzliche Mindestlohn helfe seiner Ansicht nach nicht weiter. Es gebe sicher Bereiche, in denen sich die Löhne „schwierig“ entwickelten. Der Minister schlug vor, diese Entwicklung zu verfolgen und dann zu entscheiden. „Ich glaube, dadurch kann man mit den Mitteln, die mir heute als Landesminister zur Verfügung stehen, einen wirksamen Beitrag dazu leisten, sittenwidrige Löhne zu verhindern, die hier im Hause niemand will.“



Fotos: Schälte